



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Entwicklungsausschuss*

---

**2009/2002(BUD)**

14.8.2009

# **ENTWURF EINER STELLUNGNAHME**

des Entwicklungsausschusses

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das  
Haushaltsjahr 2010, Einzelplan III – Kommission  
(C6-0000/2009 – 2009/2002(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Gay Mitchell

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist äußerst beunruhigt über den weltweiten Konjunkturabschwung und seine vielfältigen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer, einschließlich der Rückgänge bei den privaten Investitionsflüssen und den Heimatüberweisungen von Migranten; weist darauf hin, dass sich die Finanzkrise am stärksten in den Entwicklungsländern bemerkbar machen wird, was die Herausforderungen, die die Schwankungen bei den Nahrungsmittelpreisen und die Umweltbedrohungen darstellen, noch verschärfen wird; fordert eine legislative Initiative zur Bewältigung des dringendsten sich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ergebenden Bedarfs in den Ländern, die unter das Finanzierungsinstrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) fallen, in Übereinstimmung mit dem vom Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierten Ad-hoc-FLEX-Mechanismus für die AKP-Länder; fordert flankierend hierzu Vorschläge für weitere innovative Lösungen im Bereich der Entwicklungsfinanzierung, um die Auswirkungen der Krise mittelfristig abzumildern;
2. betont, dass auf die Entwicklungsländer die größten Herausforderungen im Bereich der Eindämmung der Klimaänderungen und der Anpassung an diese zukommen werden und dass die EU einen beträchtlichen Beitrag leisten müssen, um diesem zusätzlichen Bedarf abzuweichen; fordert die Kommission auf, bei der Bewältigung der Herausforderung eine führende Rolle zu übernehmen, indem sie die Antworten der Geber koordiniert und ausreichende zusätzliche Mittel bereitstellt;
3. unterstreicht die Bedeutung einer raschen Bereitstellung der humanitären Hilfe im Falle von Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachter Katastrophen; lehnt alle haushaltspolitischen Maßnahmen ab, durch die sich die Bereitstellung derartiger Mittel verzögern könnte;
4. weist darauf hin, dass durch die übermäßige Inanspruchnahme der Mittel der Rubrik 4 die Fähigkeit der EU, angemessen auf globale Herausforderungen zu reagieren, gefährdet ist, was mit der großen Zahl neuer Bedarfsfälle zusammenhängt, die bei der Aufstellung der finanziellen Vorausschau noch nicht vorhersehbar waren; fordert eine Revision des mehrjährigen Finanzrahmens, um dieser untragbaren Situation ein Ende zu bereiten;
5. wendet sich entschieden gegen die Praxis der Kommission, in der Phase der Aufstellung des Vorentwurfs des Haushaltsplans (HVE) nur Teilinformationen über die geplante Verwendung der Mittel der Rubrik 4 zu liefern und die vollständigen Einzelheiten erst mitzuteilen, wenn das Haushaltsverfahren bereits in vollem Gange ist; weist darauf hin, dass dies das Parlament daran hindert, die ihm gebührende Rolle in vollem Umfang wahrzunehmen; besteht darauf, dass in künftigen Jahren im HVE die vollständigen Vorschläge unterbreitet werden.